

Die alliierte Politik zum Aufbau eines Gesamtstaates

Unter dem Eindruck sowohl der europäischen Entwicklung als auch der Schwierigkeiten, die der Kontrollrat bei seiner Arbeit hatte, ging die amerikanische Regierung zügig an den Ausbau der Westzonen zu einer neuen Staatlichkeit. Den Wendepunkt in der britisch-amerikanischen Politik markiert dabei die bereits erwähnte Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes (7. 9. 1946). Gegen die Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zur "Bi-Zone" am 1. 1. 1947 protestierten die Sowjets und Frankreich, allerdings aus unterschiedlichen Motiven.

Auf der neuerlichen Konferenz der Außenminister, die vom 10. 3. bis 24. 4. 1947 in Moskau stattfand, wiederholte George Marshall (seit 10. 1. 47 amerikanischer Außenminister) den Vorschlag für einen Viermächtepakt zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands. Einen solchen Plan hatte sein Vorgänger Byrnes schon ein Jahr zuvor verkündet, doch war jetzt dieser Pakt zur Sicherung des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa auf längere Zeit angelegt. Dieses langfristige Engagement der USA mußte auf den Widerspruch der Sowjetunion stoßen. Der veränderten amerikanischen Haltung entsprach es, daß sowohl ein neuer sowjetischer Wunsch nach einem Milliardenkredit als auch die wiederholte Forderung nach Beteiligung an der Kontrolle des Ruhrgebiets abgelehnt wurden.

Der sowjetische Außenminister Molotow legte noch einmal die sowjetischen Vorstellungen von einer zukünftigen gesamtdeutschen Ordnung dar und verwies auf die in der sowjetischen Besatzungszone vollzogenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen (Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie etc.) und die antifaschistische "Block"-Politik mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED am 21. 4. 1946. Demgegenüber beharrte der französische Außenminister Bidault auf seiner Forderung nach weitgehender Dezentralisierung, womit sich die Gemeinsamkeit zwischen beiden Staaten als eine Gemeinsamkeit in der Ablehnung der britischen und amerikanischen Vorstellungen herausstellte.

Während die Parteien in Deutschland, voran die SED unter Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, auf eine gesamtdeutsche Vertretung hinarbeiteten, ergriffen die Ministerpräsidenten der Länder die Initiative. Auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU) kamen die Länderchefs im Juni 1947 in München zusammen. Die Konferenz mußte aber fast zwangsläufig an der Forderung der fünf Teilnehmer aus der Sowjetzone, vor der wirtschaftlichen Einheit die politische Einheit zu schaffen, scheitern. Hier war einerseits der politische Einfluß der Besatzungsmächte zu spüren, deren Weisungen die Ministerpräsidenten nachkamen, andererseits aber auch die parteipolitische Bindung der fünf sowjetzonalen Ministerpräsidenten an die SED.

Die Sowjetunion verfolgte in ihrem Wechselspiel zwischen der Errichtung eines Sowjetsystems im Ostteil und dem Einfluß auf Gesamtdeutschland mittlerweile wieder die gesamtdeutsche Richtung und errichtete am 14. 7. 47 für die Sowjetzone eine "Deutsche Wirtschaftskommission" mit

5 Zentralinstanzen, die als Vorform einer deutschen Zentralregierung unter sowjetischem Einfluß gelten konnte. Sie antwortete damit auf die Bildung des "Frankfurter Wirtschaftsrates", der parlamentarisch organisierten Verwaltung für die britisch-amerikanische Bi-Zone vom 29. 5. 47. Gleichzeitig ersetzte die US-Militärregierung die Weisung JCS 1067 für die US-Zone vom April 1945, die Deutschland nicht als befreit, sondern als "besiegten Feindstaat" ansah, durch die konstruktivere Weisung JCS 1779, die die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen zum Ziel des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus betonte.

Die Konferenz der Außenminister in London vom 25. November bis 12. Dezember 1947 sollte die letzte Konferenz über eine gemeinsame Lösung des Deutschland-Problems werden. Wie schon in Moskau forderte Marshall erneut eine Revision der Oder-Neiße-Grenze zu Gunsten Deutschlands, vor allem was Schlesien anbetraf, und eine Einbeziehung des schlesischen Industriereviere in das alliierte Kontrollsystem, um auf der Basis Deutschlands in den Grenzen von 1937 die Reparationsleistungen errechnen zu können. Molotow antwortete mit der Forderung nach einer einheitlichen Viermächtekontrolle über die vier Besatzungszonen, was die sowjetische Kontrolle über das Ruhrgebiet bedeutet hätte. Das Scheitern dieser Konferenz bestätigte die USA in ihrem Vorhaben, die staatliche Organisation der Westzonen (und damit ihre Einbindung in den westlichen Machtbereich) voranzutreiben und – so der britische Außenminister Bevin im Januar 1948 – durch den politischen Zusammenschluß Westeuropas zu ergänzen.

Die Sechs-Mächte-Konferenz, die vom 23. 2. bis 6. 3. und dann wieder vom 24. 4. bis 2. 6. 1948 unter Teilnahme der drei Westalliierten und der Beneluxländer in London tagte, empfahl für diesen Prozeß die wirtschaftliche Integration in Westeuropa, die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung und die Beibehaltung der Ruhrkontrolle. Die USA und Großbritannien gestanden Frankreich die wirtschaftliche Eingliederung des Saargebietes zu, Frankreich erklärte sich im Gegenzug dazu bereit, seine Besatzungszone in Deutschland mit der Bi-Zone zur "Tri-Zone" zu vereinigen – was die Spötter hier zu dem Lied "*Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien*" veranlaßte – und die französische Zone an der Marshallplan-Hilfe teilnehmen zu lassen. Außerdem stimmte Frankreich der Formel zu, man wolle die Grundlagen für die Beteiligung eines demokratischen Deutschland an der Gemeinschaft der freien Völker schaffen. Als Ziele wurden die wirtschaftliche Integration in Westeuropa und die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung, aber unter Beibehaltung der Ruhrkontrolle festgestellt. Damit war die Absicht zur westdeutschen Staatsgründung offiziell publik gemacht.

Auf die Weigerung der amerikanischen Delegation im Kontrollrat, die Sowjets über diese Konferenz zu informieren, verließ der sowjetische Militärgouverneur am 20. März unter Protest den alliierten Kontrollrat, der damit seine Arbeit als oberstes Regierungsorgan für Gesamtdeutschland und als alliierte Kontrollinstanz einstellte.

Mittlerweile hatten noch Großbritannien und Frankreich am 4. 3. 1947 in Dünkirchen ein Defensivbündnis geschlossen, das am 17. 3. 1948 *"für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik"* um die Beneluxstaaten erweitert wurde ("Brüsseler Vertrag"). Dieses Bündnis war indessen schon zur Zeit seines Zustandekommens mit dieser Zielsetzung politisch überholt, da vor allem die USA jetzt auf Zusammenarbeit und Integration setzten. Dennoch blieb es in Kraft und bildete 1954/55 den Kern des zweiten "Brüsseler Vertrags" über die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU, s. u. S. 240)

Das Londoner Deutschlandkommuniqué, das zum Abschluß der Konferenz am 7. Juni verabschiedet wurde, verkündete als Leitlinien einer alliierten Ruhrpolitik, daß *"die Verfügung über Kohlen- Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebiets, die früher ausschließlich Deutschland zustand, künftig ohne Unterschied den Ländern Europas garantiert sein soll, die zu allgemeinem wirtschaftlichem Nutzen zusammenarbeiten"*, also eine wirtschaftliche Verflechtung des Ruhrgebiets mit Westeuropa. Ein enger Zusammenschluß des Wirtschaftslebens sei *"für die politische und die wirtschaftliche Wohlfahrt dieser Länder und eines demokratischen Deutschland wünschenswert"*. Die Weststaatsgründung in Deutschland sollte in mehreren Stufen ablaufen: *"Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird."*

Die alliierte Politik zum Aufbau eines Gesamtstaates

Gegebenheiten: Beobachtung der europäischen Entwicklung

Schwierigkeiten im Kontrollrat

Konsequenzen: Wende in der amerikanischen Politik (beobachtbar bereits in der „Stuttgarter Rede“ des amerikanischen Außenministers Byrnes, 7. 9.1946), Plan einer staatlichen Organisation im Westen

Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zur "Bi-Zone" am 1. 1.1947 gegen den Protest Frankreichs und der Sowjetunion

Amerikanisches Engagement:

Moskauer Außenministerkonferenz (10.3. - 24.4.1947) mit dem Vorschlag für einen Viermächtepakt zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands.

Ziel: längerfristige Sicherung des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa.

Vorstoß zeigt die veränderte amerikanischen Haltung gegenüber der UdSSR und geht parallel zur Ablehnung eines neuen sowjetischen Kreditwunsches und der Forderung nach Beteiligung an der Kontrolle des Ruhrgebiets

Sowjetische Vorstellungen:

In der sowjetischen Besatzungszone vollzogene gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen (Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie etc.) und die antifaschistische "Block"-Politik mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED am 21. 4. 1946 als Modell einer künftigen gesamtdeutschen Ordnung.

Gleichzeitig aber offene Optionen:

Errichtung eines Sowjetsystems im Ostteil - Einfluß auf Gesamtdeutschland

Französische Vorstellung:

Weitgehende Dezentralisierung zur Schwächung Deutschlands und Sicherung Frankreichs.

Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947

Versuch einer Einigung „von unten“ – scheitert an den offen zu Tage tretenden ideologischen Differenzen.

Gesamtdeutsche Politik der SU:

Bildung einer "Deutsche Wirtschaftskommission" mit 5 Zentralinstanzen als Vorform einer deutschen Zentralregierung unter sowjetischem Einfluß (14.7.47)

Antwort auf die Bildung des "Frankfurter Wirtschaftsrates", der parlamentarisch organisierten Verwaltung für die britisch-amerikanische Bi-Zone vom 29.5.47.

Ersatz der Weisung JCS 1067 für die US-Zone vom April 1945 (Deutschland ist nicht befreit, sondern ein "besiegter Feindstaat") durch die konstruktivere Weisung JCS 1779 (Zusammenarbeit mit deutschen Stellen zum Ziel des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus)

Letzter Versuch: Londoner Außenministerkonferenz (25.11. – 12.12.47)

US-Forderungen (Marshall): Revision der Oder-Neiße-Grenze zu Gunsten Deutschlands, vor allem was Schlesien anbetraf,

Einbeziehung des schlesischen Industriereviere in das alliierte Kontrollsystem, um auf der Basis Deutschlands in den Grenzen von 1937 die Reparationsleistungen errechnen zu können

Sowjet. Forderungen: einheitliche Viermächtekontrolle über die vier Besatzungszonen, (= sowjetische Kontrolle über das Ruhrgebiet)

Konsequenz: Bestärkung der USA in dem Plan, die staatliche Organisation der Westzonen (und damit ihre Einbindung in den westlichen Machtbereich) voranzutreiben.
--

politischer Zusammenschluss Westeuropas

Sechs-Mächte-Konferenz in London (23.2. - 6.3, 24.4. – 2.6.1948, Westalliierte, Benelux-Staaten): wirtschaftliche Integration Deutschlands in Westeuropa, die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung und die Beibehaltung der Ruhrkontrolle.

Frankreich erhält Saargebiet und vereinigt seine Zone mit der Bi-Zone, gestattet die Teilnahme der franz. Zone an der Marshallplan-Hilfe.

>> Absicht zur westdeutschen Staatsgründung <<
--

Sowjetunion:

- will Informationen über die Konferenz
- verlässt am 20. März unter Protest den alliierten Kontrollrat (Einstellung der Arbeit als oberstes Regierungsorgan für Gesamtdeutschland und als alliierte Kontrollinstanz)

„Brüsseler Vertrag“

Defensivbündnis Großbritanniens und Frankreichs am 4.3.1947, am 17.3.1948 *"für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik"* um die Beneluxstaaten erweitert.

Politisch überholt durch Kooperations- und Integrationspolitik der USA, bleibt in Kraft und bildete 1954/55 den Kern des zweiten "Brüsseler Vertrags" über die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU)

Londoner Deutschlandkommuniqué

Das Londoner Deutschlandkommuniqué, das zum Abschluß der Konferenz am 7. Juni verabschiedet wurde, verkündete als Leitlinien einer alliierten Ruhrpolitik, daß *"die Verfügung über Kohlen- Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebiets, die früher ausschließlich Deutschland zustand, künftig ohne Unterschied den Ländern Europas garantiert sein soll, die zu allgemeinem wirtschaftlichem Nutzen zusammenarbeiten"*, also eine wirtschaftliche Verflechtung des Ruhrgebiets mit Westeuropa. Ein enger Zusammenschluß des Wirtschaftslebens sei *"für die politische und die wirtschaftliche Wohlfahrt dieser Länder und eines demokratischen Deutschland wünschenswert"*. Die Weststaatsgründung in Deutschland sollte in mehreren Stufen ablaufen: *"Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird."*

weiter: Frankfurter Dokumente